Krieg im Kontext
Der Obelisk in Nickern
» Seite 2

Zukunft der VHS
Frage zur Organisationsform der Volkshochschule » Seite 4

Erinnern an Hanau
Rede von Janine Wissler
» Seite 5

Ausgabe 02

»Wir wollen sozial aus der Krise« Pia Barkow

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

März/April 2022

Kein Krieg. Nirgends.

Solidarität ist das Gebot der Stunde
» Seite 3

Druck von der Straße

Nichts fürchten kriegführende Regierungen und Hochrüstungsphantasten mehr als Gegnerinnen und Gegner des Krieges im eigenen Land

Pünktlich im Vorfeld des Frauentages prangte in einigen Dresdner Tageszeitungen und Wochenblättern eine Anzeige der LINKEN – darauf das Zitat der verstorbenen SPÖ-Politikerin Johanna Dohnal »Der Friede ist zu wichtig, um ihn den Männern alleine zu überlassen!« Nun gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, ob mehr Frauen in entscheidenden politischen Positionen für mehr friedliche Konfliktlösungen sorgen, aber eines scheint klar: je mehr, je breiter sich eine Gesellschaft von der kriegerischen Machtpolitik der jeweiligen Eliten lossagt, umso schwerer wird es für letztere genau diese durchzusetzen. Genau das kann man in Russland sehen. In dieser Ausgabe erinnern wir an die rassistischen Morde im hessischen Hanau vor zwei Jahren. Janine Wissler sagt, eine funktionierende, mutige Zivilgesellschaft sei der beste Verfassungsschutz. Von staatlichen Institutionen, die keinesfalls über jeden Zweifel erhaben sind, denen gegenüber die Zivilgesellschaft Druck machen muss, kann auch Rita Kunert berichten und der Erfolg, den die Petition »Sicherer Hafen« kürzlich im Dresdner Stadtrat hatte, wäre ohne Beharrungsvermögen zivilgesellschaftlicher Akteure nicht denkbar.

DIE LINKE sollte sich dazu gesellen und aus gemeinsamen Positionen außerparlamentarischer Bewegungen und einer parlamentarisch verankerten LINKEN Stärke entwickeln. Dann könnte es ihr gelingen, aus dem Entsetzen über den russischen Einmarsch in der Ukraine eine echte Friedensbewegung entstehen zu lassen, die auch Hochrüstungsphantasien hier vor Ort entschieden entgegentritt.

Thomas Feske

KITA-GEBÜHREN

Nah am Ziel

Steigende Lebenshaltungskosten sind für viele Menschen ein akutes Problem. Auf Bundesebene fordert DIE LINKE die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe, Heizöl und Gas. Auf kommunaler Ebene sind direkt Einflussnahmen nicht so einfach und doch können auch Entscheidungen auf kommunaler Ebene das Leben Vieler erleichtern. So macht das Sozialticket Bus und Bahn für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich. Mittlerweile wird es von mehr als 15.000 Dresdnerinnen und Dresdnern genutzt. Die Beiträge zur Kindertagesbetreuung sind ebenfalls eine Stellschraube. Ob an ihr gedreht wird, ist seit Jahren Gegenstand verbissener Diskussionen in unserer Stadt. Jetzt ist es der LINKEN, die gegen eine Erhöhung der Kita-Gebühren ziemlich alleinsteht, gelungen, aus ihrer Minderheitenposition etwas zu machen, was die Dresdner Eltern vor einer weiteren Erhöhung des täglichen Lebens in diesem Bereich bewahrt. » Seite 7

Krieg im Kontext

Über viele Jahre war der Gedenkobelisk in Nickern ein Anlaufpunkt für extreme Rechte, was auch mit seiner Inschrift »Wir gedenken der Opfer des anglo-amerikanischen Bombenterrors« zu tun hat. Nun kommentiert eine neu aufgestellte Stele den Obelisken und ordnet ihn historisch ein

Am Vorabend des 13. Februars 2016 fand am Obelisk in Nickern eine rechte Demonstration mit 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Die vom Bündnis »Dresden Nazifrei« an gleicher Stelle angezeigte Kundgebung wurde nicht zugelassen.

Das Bedürfnis, diesen Obelisken bzw. sein Umfeld so zu gestalten, dass faschistischen Kräften eine Pilgerstätte genommen werde und den Obelisken mit einer aktuellen Erinnerungskultur zu verbinden, bekam mit diesem Ereignis einen Schub.

Initiative zur Neugestaltung

Am 3. Juni 2016 folgte diesem Ansinnen ein rot-grün-roter Antrag.

»Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Die Inschrift des Obelisken so umzugestalten, dass sie sowohl die Erinnerung an die Toten des Zweiten Weltkrieges als auch die kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen für Krieg und Vernichtung ermöglicht.

2. Für die Umgestaltung der Inschriften Variantenvorschläge zu erarbeiten und diese dem Ortsbeirat Prohlis, dem Ausschuss für Kultur und dem Stadtrat zur Entscheidungsfindung und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.«

Im damaligen Prohliser Ortsbeirat wurde der Antrag abgelehnt – mit knapper Mehrheit.

Im Verlauf der Diskussion hatten damals CDU, FDP und Freie Bürger versucht, die Luftangriffe als singulären terroristischen Anschlag der Alliierten darzustellen. Dennoch gelang es im Stadtrat im November 2016 einen Beschluss über einen geänderten Antragstext herbeizuführen:

»Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Das Areal mit dem Gedenkstein so zu gestalten, dass sowohl die Erinnerung an die Toten der beiden Weltkriege als auch die kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen für Krieg und Vernichtung ermöglicht wird.

2. Mit der Umgestaltung zunächst die Arbeitsgruppe 13. Februar unter Einbeziehung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger zu beauftragen und die Variantenvorschläge bis zum 30. November 2017 dem Ortsbeirat Prohlis, dem Ausschuss für Kultur und Tourismus sowie dem Stadtrat zur Entscheidungsfindung und Beschlussfassung vorzulegen.«

Stein des Anstoßes: Obelisk in Nickern

Bleibt zu hoffen, dass künftig dieser Ort kein Pilgerort für Faschisten, Nationalisten und Rassisten aller Couleur mehr ist

Gegenstand von Auseinandersetzung

Von da an vergingen vier Jahre, in denen der Obelisk immer wieder Gegenstand gesellschaftlicher Debatten war. So wurde er am 10. Februar 2017 von Aktivistinnen und Aktivisten mit einem Tuch verhüllt.

Die Inschrift: »Nationalismus und Geschichtsverklärung verhüten – Dresden du Täter:in!«. Damit sollte ganz offensichtlich auf die noch immer einseitig auf das Gedenken an die Opfer rund um den 13. Februar in der Stadt ausgerichtete Erinnerungskultur aufmerksam gemacht werden.

Schließlich führten die Arbeiten im Kulturamt am 15. Dezember 2020 zum Beschluss des Stadtrates über die konkrete Gestaltung einer Stele, die mittlerweile an Ort und Stelle zu finden ist (abrufbar über den QR-Code).

Bleibt zu hoffen, dass künftig dieser Ort kein Pilgerort für extreme Rechte, Faschisten, Nationalisten und Rassisten aller Couleur mehr ist und die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen und europäischen Geschichte befördert wird. *Margot Gaitzsch*

FRIEDENSREDE

Ans Morgen denken

Die Welt schaut auf die Ereignisse in der Ukraine. Viele Menschen machen sich auf und gehen für den Frieden auf die Straße. So auch Ende Februar als sich Tausende Dresdnerinnen und Dresden vor der Frauenkirche versammelten. Auf der Kundgebung sprach auch André Schollbach, dessen Rede wir hier dokumentieren.

Liebe Dresdnerinnen und Dresdner,

in diesen schweren Tagen sind wir mit unseren Gedanken, mit unserem Mitgefühl, bei den Menschen in der Ukraine. Ihnen, den Opfern dieses Krieges, gilt unsere Solidarität. Es ist entsetzlich, was die Menschen dort gerade erleben und durchleiden müssen. Zerstörung, Gewalt, Vertreibung, Tod. Der von Putin angezettelte Krieg gegen einen souveränen Staat ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen. Dieser Angriffskrieg muss sofort beendet werden. Russland muss die Kampfhandlungen unverzüglich einstellen und einem Waffenstillstand zustimmen. Die nötigen Verhandlungen können natürlich nicht an einem Verhandlungstisch geführt werden, der in Weißrussland steht, sondern sind nur auf neutralem Boden akzeptabel.

Liebe Dresdnerinnen und Dresdner,

wir erleben aktuell die gefährlichste Situation für den Frieden in Europa seit Jahrzehnten. Viele Menschen blicken voller Sorge auf die eskalierende Situation in Osteuropa. Nicht nur bei jenen, die die Schrecken des Zweiten Weltkrieges noch miterlebt haben, wächst die Angst vor einem Flächenbrand. Es besteht die Gefahr eines großen Krieges mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung in ganz Europa.

Und deshalb: In dieser äußerst angespannten politischen Lage ist Besonnenheit geboten. Denn politische Fehlentscheidungen und unbedachte Reaktionen können fatale Konsequenzen haben, bis hin zu einem atomaren Krieg.

Deshalb muss alles getan werden, um eine weitere militärische Eskalation zu verhindern. Wir dürfen nicht in eine Spirale von Aufrüstung und militärischer Logik mit unabsehbaren Folgen für Europa und die Welt geraten.Wir müssen bei dem, was wir jetzt tun, nicht nur das Heute im Blick haben sondern auch das Morgen und Übermorgen.

Und deshalb: Nicht das russische Volk ist unser Gegner, sondern jene, die diesen Krieg vom Zaun gebrochen haben. Hier und heute sind wir nicht nur solidarisch mit den Ukrainerinnen und Ukrainern, sondern auch mit den mutigen Menschen in Russland, die dort gegen den Krieg demonstrieren und Putin die Stirn bieten.

Sie stehen nicht allein. Sie wollen das Gleiche wie wir: Die Waffen sollen schweigen.

André Schollbach: »Die Waffen sollen schweigen!«

Bereit sein für Menschen in Not

AKTION »SICHERER HAFEN«

Hoffnungsvoll

Mehrfach stand im Stadtrat die Forderung, Dresden zum »Sicheren Hafen« für geflüchtete Menschen zu machen, auf der Tagesordnung. DIE LINKE bot in der letzten Debatte den Vorsitzenden des DGB-Stadtverbandes Dresden Dirk Ebert als Gastredner auf.

Margot Gaitzsch: Hat der DGB nicht andere Aufgaben als sich um das Thema »Sicherer Hafen« zu kümmern?

»Es ist unerträglich, dass Europa im Mittelmeer Menschen ertrinken lässt« Dirk Ebert

Dirk Ebert: Der DGB ist zwar parteipolitisch eine Einheitsgewerkschaft, aber deshalb nicht unpolitisch. Antifaschismus und internationale Solidarität gehören zu unseren gelebten Grundwerten.

Hat die Aktion »Sicherer Hafen« für Dich als Vorsitzenden des DGB und Ver.di Dresden eine besondere Bedeutung?

Die Aktion »Sicherer Hafen« ist eine wichtige Chance für unsere Landeshauptstadt Dresden, sich menschlich und weltoffen zu zeigen und nicht die Tore vor Geflüchteten zu verschließen.

Meinst du, dass wir es dieses Mal schaffen können, dass der Dresdner Stadtrat sich zum »Sicheren Hafen« bekennt?

Ich bin ehrlich gesagt sehr skeptisch, weil das Ziel des sicheren Hafens offensichtlich gezielt durch die Verwaltung aufgehalten wird und sich nicht alle Parteien zu diesem Anliegen bekennen.

Was hat dich dazu bewogen, als Gewerkschafter zu diesem Thema eine Rede im Stadtrat zu halten?

Ich bin mir der besonderen Verantwortung aufgrund unserer braunen Vergangenheit bewusst und wir arbeiten regional aktiv mit den Nachbargewerkschaften in Polen und Tschechien zusammen.

Was hältst Du denen entgegen, die sagen, geflüchtete Menschen seien eine zu große Belastung für Deutschland allgemein und speziell für Dresden?

Das entspricht nicht meinem Menschenbild von einer humanen, solidarischen Gesellschaft. Es macht im Übrigen auch volkswirtschaftlich viel Sinn, mehr Geflüchtete aufzunehmen. Der Verein »Arbeit und Leben«, ein Zusammenschluss von Volkshochschulen und DGB, zeigt gelungene Integrationsprojekte von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt.

Hätte ein Bekenntnis des Stadtrates zum »Sicheren Hafen« Potenzial, die Stadtgesellschaft zu stärken oder doch eher zu spalten?

Städte wie Leipzig und Jena zeigen, dass ein klares Bekenntnis der Oberbürgermeister und der Stadträte zu einem sicheren Hafen dazu führen können, diese Städte lebenswerter zu machen und für mehr Offenheit zu sorgen.

Hast du zu diesem Thema eine persönliche Verbindung?

Als Christ ist mir der Begriff der weltumspannenden Solidarität sehr vertraut. Durch meine Mitarbeit im sächsischen Flüchtlingsrat sind mir die tragischen Schicksale von Menschen auf der Flucht bekannt und ich empfinde es als unerträglich, dass Europa im Mittelmeer Tag für Tag Menschen ertrinken lässt.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Margot Gaitzsch

ANTRAGSINITIATIVE

Eine neue Hygiene-Ausstellung?

Die FDP-Fraktion hat einen Antrag gestellt, demzufolge geprüft werden soll, ob in Dresden nach 1911 und 1930 wieder eine internationale Hygiene-Ausstellung ausgerichtet werden kann. Der Antrag zielt hauptsächlich auf die mit dem Event verbundenen Besucher:innenscharen ab. Obwohl dieser Fokus reichlich schwach ist, begrüße ich die Initiative und DIE LINKE wird den Antrag im Stadtrat unterstützen. Es ist dann möglich, das Konzept für eine solches Vorhaben zu beeinflussen und zu verbessern. Denn tatsächlich haben wir, seit Corona uns die Luft zum Atmen genommen hat, sehr viel über Hygienemaßnahmen gesprochen.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung, wie die Pandemie bekämpft werden muss, ist immer noch in vollem Gange. Es ist ein Thema, das gut aufbereitet, quasi populärwissenschaftlich, ausgewertet werden muss. Unsere internationalen Erfahrungen mit der Pandemie und den Konsequenzen sollen diskutiert und aufbereitet werden. Das ist wichtig, um die Fehler, die in der Pandemie (auch in Deutschland) gemacht wurden, sichtbar zu machen.

Eine Hygieneausstellung, die nicht nur über Hygiene spricht

Allergröbste Kommunikationsfehler, die Beschneidung von Freiheitsrechten, falsche Datenaufbereitung und auch wissenschaftlich ungenügend erforschte Grundlagen für politische Entscheidungen seien als Beispiele genannt. Denn der Menschheit droht über kurz oder lang eine nächste Pandemie. Darauf soll eine nächste internationale Hygiene-Ausstellung die Bevölkerung vorbereiten. Und die Aufgabe ein dafür geeignetes Konzept zu erarbeiten, ist so groß, dass es gerechtfertigt ist, wenn wir dafür auch mal einen FDP-Antrag unterstützen.

Magnus Hecht

Die Zukunft der Volkshochschule

Eigenbetrieb, gGmbH oder weiter ein Verein? Die Frage zur Organisationsform der Volkshochschule wird im Lichte aktueller Bildungsanforderungen diskutiert

Lebenslanges Lernen sollte allen offenstehen

Alle Bereiche der Gesellschaft standen in den letzten beiden Jahren vor vielfältigen Herausforderungen. Im Bildungsbereich mussten vor allem neue Formen der Wissensvermittlungen gefunden und etabliert werden.

In der Volkshochschule erlebten wir zweimal eine Schließzeit, in welcher ausschließlich in digitaler Form unterrichtet werden konnte. Die Mitarbeiter:innen der Volkshochschule haben in dieser Zeit Enormes geleistet und viel Kraft und Mühe in die Entwicklung neuer Onlineangebote investiert. Etwa ein Viertel aller im Geschäftsjahr 2021 durchgeführten Kurse fand im virtuellen Klassenzimmer statt (etwa 450 Veranstaltungen). Daraus gewonnene Erfahrungen können nun weiter genutzt werden.

Die Volkshochschule wünscht sich, dass die Kommunalisierung vorangetrieben wird

Aber wie genau soll nun die Zukunft der Volkshochschule Dresden aussehen und was wollen wir als LINKE? Wir sehen die Volkshochschulen als Teil der Daseinsvorsorge. Niedrigschwellig sollen vielfältige Angebote die Menschen erreichen, auch ältere Menschen sowie Menschen, welche in ihrem Leben Bildungsbenachteiligung erlebten. Eine weitere wichtige Aufgabe der Volkshochschule sehen wir in der politischen Bildung zum Beispiel über das Funktionieren demokratischer Prozesse und in der Förderung des Diskurses der Menschen miteinander. Ebenso zeigte sich gerade in den letzten zwei Jahren die Notwendigkeit, Menschen aller Altersgruppen in ihrer Medienkompetenz zu unterstützen. Es gibt unter anderem eine Kursreihe für Menschen mit Lerneinschränkungen, welche gemeinsam mit ihnen auf ihre Bedürfnisse hin abgestimmte Lerninhalte anbietet. Seit Jahren beantrage ich das Geld für diese Kurse, welche nur eine kleine Teilnehmer:innenzahl haben können und damit aus der Landesförderung fallen. Diese finanziert damit die Stadt zusätzlich zur Mietförderung der VHS. Das ist bisher immer wieder gelungen.

Finanzierung muss gesichert werden

In Zukunft muss es aber gelingen, die Volkshochschule finanziell so auszustatten, dass solche Angebote auch ohne gesonderte Beantragung möglich sind. Ein erster Schritt wurde getan, denn der Antrag der LINKEN, die VHS künftig im Rahmen eines Zuwendungsvertrages zu fördern und dem Geschäftsbereich Bildung und Jugend zu übertragen, wurde angenommen. Jetzt soll gemeinsam mit der VHS analysiert werden, welche Eigentums- und Organisationsform am geeignetsten ist, die Aufgaben, welche sie durch die Stadt übertragen bekommt, zu erfüllen. Die Volkshochschule selbst wünscht sich, dass die Kommunalisierung vorangetrieben wird. Das werden wir als LINKE unterstützen.

Anja Apel, Vertreterin des Stadtrates im Vorstand der VHS seit sieben Jahren

Unantastbar?
Die Würde der Flüchtlinge
» Seite 3

Almosen oder Freiheit?
Bedingungsloses Grundeinkommen
» Seite 4

Tickets für lau?
Plädoyer für einen kostenlosen ÖPNV
» Seite 7

Ausgabe 02

»Ohne Sorgearbeit würde die Gesellschaft kollabieren.«

Sarah Buddeberg

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
März/April 2022

Die Waffen nieder!

Stellungnahme des Parteivorstandes zum Angriffskrieg Russlands.
» Seite 5

Krieg und Frieden

Er kam mit Ansage. Und doch überraschend. Der Krieg

Illusionen über die derzeitige Führung im Kreml hatte ich nicht. Oder vielleicht doch? Nicht hinsichtlich des imperialen Kurses, aber vielleicht hinsichtlich der Rationalität im Umgang mit den Gefahren eines solchen Krieges. War es ein Fehler, auf Rationalität zu vertrauen? War es ein Verwechseln von kühlem Kopf und Kaltblütigkeit? Und wie ist es mit der Rationalität bei uns bestellt? Hier im Westen?

Was gilt jetzt? »Nieder mit dem Krieg« oder »Zu den Waffen«? Können Waffen den Menschen in der Ukraine wirklich helfen? Oder machen sie alles noch schlimmer? Eigentlich vernünftige Menschen wollen plötzlich in den Krieg ziehen und für die gute Sache kämpfen. Und wenn nicht real, dann wenigstens in den sozialen Netzwerken. Und scheinbar unverbesserliche Militärs erinnern nunmehr daran, dass ein Atomkrieg keinen Sieger kennt. Noch nie in der Geschichte der Menschheit haben zwei Atommächte miteinander im Krieg gestanden. Es wäre besser für Europa, wenn es so bliebe.

Bombentod, Zerstörung, Angst, Panik und Flucht mitten in Europa – das erste Mal seit 1945. Nicht ganz. Aber in seinen Ausmaßen wird der Krieg in der Ukraine den in Jugoslawien vor einem Vierteljahrhundert wahrscheinlich übertreffen, schon weil das Land doppelt so groß ist. Ist dieser Krieg schlimmer als all die Kriege in Afghanistan, in Syrien oder im Jemen? Er geht uns näher. Im wörtlichen Sinn.

Ich habe den Zeitpunkt vergessen, als der Bau an Gorbatschows gemeinsamen Europäischen Haus eingestellt wurde. Eine ganze Weile stand es halbfertig rum, dann verfiel es. Gorbatschows Nach-Nachfolger beseitigt gerade mit dem Bulldozer die letzten tragenden Mauern. Ein Wiederaufbau scheint aussichtslos. Wer heute sagt, dass es Frieden in Europa nur mit Russland gibt, gilt als verrückt. Und dennoch hat der Satz nie mehr gestimmt als mitten im Krieg.

Jens Matthis

EDITORIAL

Bellum ante portas

Ein spannendes Jahr« – so war das Editorial unserer letzten Mitgliederzeitschrift überschrieben. Nun ist ein furchtbares Jahr daraus geworden. Für die Menschen hierzulande emotional – für Millionen Menschen in der Ukraine aber ganz real furchtbar. Krieg, Zerstörung, Vertreibung, Flucht: Das war stets so weit weg, aber doch immer da. Nun ist es ganz nah. Mit den Folgen beschäftigen wir uns auf Seite 3. Abgeordnete der LINKEN waren an der polnisch-belarussischen Grenze und haben den entwürdigenden Umgang mit Flüchtlingen hautnah erlebt. Auch diese Menschen sind vor Krieg geflüchtet, so wie Hunderttausende nun aus der Ukraine. Auf Seite 8 geht es um das, was Krieg erst möglich macht: Waffen. Deren Produktion soll jetzt in Europa von der Mehrwertsteuer befreit werden. Besonders angesichts des, im Zuge des Überfalls Russlands auf die Ukraine, von Kanzler Scholz in Aussicht gestellten 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungspaketes dürften die Waffenschmiede sich ins Fäustchen lachen. *Uwe Schaarschmidt*

Fehlende Wertschätzung

Für Geschlechtergerechtigkeit, faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen: Ihr verdient mehr!

DIE LINKE streitet für gerechte Bezahlung: Das Kampagnenmotiv zum Equal Pay Day

Der 8. März ist mehr als nur ein feierlicher Tag, um Blumen zu verschenken. Wir erinnern an den revolutionären Ursprung, als politische Frauen vor über hundert Jahren das Frauenwahlrecht erkämpften. Ein Blick in die Parlamente zeigt, dass wir auch heute von paritätischer Teilhabe in der Politik weit entfernt sind. Ein wesentlicher Grund dafür ist die nach wie vor schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder ehrenamtlichem Engagement. Es geht um Sorgearbeit: um all das, was unbezahlt im häuslichen Umfeld und schlecht bezahlt in sozialen Berufen geleistet wird – zum übergroßen Teil von Frauen. Ohne diese Arbeit würde die Gesellschaft kollabieren. Wertschätzung und Anerkennung? Fehlanzeige.

Wir brauchen eine Neubewertung von Arbeit

In diesem Jahr folgt der feministische Kampftag auf den Equal Pay Day. Statistisch müssen Frauen bis zum 7. März über das alte Jahr hinaus arbeiten, um auf denselben Lohn zu kommen wie ihre männlichen Kollegen. Der Equal Pay Day ruft dazu auf, endlich gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit zu zahlen. Er weist auf die klaffende Lücke in der Lohnverteilung, den Gender Pay Gap, hin, und damit auf die Ungerechtigkeit in unserer scheinbar so modernen Gesellschaft. Nach wie vor entscheidet das bei der Geburt zugeschriebene Geschlecht über Berufswahl, Karriere und Gehalt.

Unter der steigenden Zahl berufstätiger Frauen bleibt der Anteil an Mini- und Teilzeitjobs hoch. Zusammen mit der fast selbstverständlichen Unterbrechung der Berufsbiographie durch Elternzeit oder Angehörigenpflege wirkt sich dies nicht nur auf das aktuelle Einkommen aus, sondern auch auf die Rentenansprüche. Altersarmut hat nach wie vor ein weibliches Gesicht.

Corona erhöht die Belastungen

Durch die Corona-Pandemie und notwendige Maßnahmen hat sich die Situation von Frauen in der Arbeitswelt noch einmal verschärft. Vor allem Frauen mussten zugunsten der Kinderbetreuung ihre Arbeitsstunden reduzieren, meist ohne Anspruch auf Rückkehr zum vorherigen Stundenumfang. Zusätzlich waren es die nach wie vor frauendominierten Berufsgruppen, deren Arbeit trotz Kontaktbeschränkungen unverzichtbar vor Ort stattfand. Ob in Pflege, Schule oder Einzelhandel: Die Beschäftigten, die die Gesellschaft am Laufen halten, sind einer höheren Belastung und Ansteckungsgefahr ausgesetzt. Mehr als warme Worte und Applaus waren, abgesehen von einigen einmaligen und meist zu spät ausgezahlten Boni, nicht vorgesehen.

Wir als LINKE sagen unmissverständlich: Ihr verdient mehr!

Wir brauchen eine Neubewertung von Arbeit. Wir müssen die Arbeitswelt neu denken und neoliberale Ausbeutungsstrukturen und konservative Rollenverteilungen endlich überwinden. Wir brauchen eine Care-Revolution: Die automatische Verknüpfung von Frauen mit Sorgearbeit muss aufgebrochen werden und einer Arbeitsmarktpolitik weichen, die eng mit einer sozialen Familienpolitik gekoppelt ist.

Änderungen überfällig

Wir fordern flächendeckende Tarifverträge, die strukturelle Diskriminierung und die daraus erwachsenden geschlechtsspezifischen Lohnungleichheiten berücksichtigen und bekämpfen. Und wir stehen an der Seite derer, die sich in den Tarifauseinandersetzungen für eine faire Bezahlung einsetzen. Deshalb unterstützen wir die Verdi-Kampagne »Mehr braucht mehr« für bessere Arbeitsbedingungen, Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und eine angemessene finanzielle Anerkennung der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen.

Höchste Zeit, etwas zu ändern!

Sarah Buddeberg

PFLEGEBONUS DER BUNDESREGIERUNG

Zu spät und viel zu niedrig

Nach langem Hin und Her plant die Bundesregierung nun endlich die Auszahlung eines Pflegebonus, für den eine Milliarde Euro bereitgestellt werden soll. Ankommen sollen lediglich bis zu 550 Euro pro Fachkraft. Meines Erachtens kommt diese Einigung viel zu spät. Viel schlimmer ist jedoch, dass der Bonus so gering ausfallen soll. So sollen Pflegekräfte in der Altenpflege höchstens 550 Euro bekommen, die Summe für die Beschäftigten in den Krankenhäusern soll durch Träger und Personalvertretung festgelegt werden. Scheinbar glaubt man immer noch, dass Klatschen als Anerkennung ausreicht. Das ist doch alles ein schlechter Witz. Alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst bekommen 1300 Euro Corona-Bonus – dahinter darf die Zahlung für das Pflegepersonal nicht zurückstehen! Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen und Einkommen im Pflegesektor dauerhaft verbessert werden. Dazu gehören auch mehr Ausbildungsplätze und finanzielle Anreize für die Ausbildung. Finanzierbar wäre das alles, wenn alle Menschen in Deutschland, die im Job oder am Kapitalmarkt Einkünfte erzielen, für deren volle Höhe in eine solidarische Pflege-Vollversicherung einzahlen. Für all das muss sich auch Sachsen in Berlin verstärkt einsetzen.

Susanne Schaper

Überfordert, unterbezahlt. Der Umgang mit Pflegekräften ist unwürdig

BUCHENWALD

77. Jahrestag der Selbstbefreiung

Leider ist noch unklar, ob die Feierlichkeiten zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald wie gewohnt Anfang April stattfinden können. Wenn die Corona-Situation es zulässt, werden DIE LINKE und der VVN-BdA wieder zu einer Bildungsfahrt in die Gedenkstätte einladen. Interessiert? Bitte schreibt an rica.gottwald@dielinke-dresden.de und ihr erhaltet im März eine Einladung.

Alternativ laden wir alle ein, »Wannseekonferenz – die Dokumentation« auf ZDF.de anzuschauen: Wie konnten gebildete Männer dem »Rassenwahn« erliegen und eiskalt Deportationen und »die Endlösung« planen? Wie wurde aus Verschwörungstheorie Mord an sechs Millionen jüdischen Menschen? Die Überlebende Margot Friedländer und mehrere Geschichtswissenschaftler:innen kommen zu Wort. Die Ausschnitte aus Matti Geschonnecks »Die Wannseekonferenz« und historische Originalaufnahmen sind eindringlich.

Noch eine Bitte: In Buchenwald sollen Bäume neu gepflanzt werden, jeder davon soll an eine Gruppe von Häftlingen erinnern. DIE LINKE Dresden bittet um eure Spende für einen Baum, der dafür steht, dass die Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nicht vergessen sind! Vielen Dank! *Rica Gottwald*

■ Spendenkonto: DIE LINKE Dresden, Ostsächsische Sparkasse Dresden, IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg! Der Schwur ist aktueller denn je

Menschenrechte erhalten: Schutzsuchende evakuieren!

Das Unrecht an der EU-Außengrenze schreit zum Himmel – Mitmenschlichkeit wird kriminalisiert

Vom 14. bis 16. Januar 2022 war ich gemeinsam mit mehrere LINKEN-Abgeordneten auf einer Delegationsreise ins polnisch-belarussische Grenzgebiet, wo seit Monaten Menschen illegal von Polen nach Belarus zurückgewiesen werden und ohne Zugang zu fairen Asylverfahren oder humanitärer und medizinischer Hilfe ausharren müssen. Diejenigen, die es nach Polen schaffen, werden in der Regel in Lagern inhaftiert.

Mindestens 2000 Menschen sind in Haftlagern untergebracht

In mehreren Gesprächen berichteten NGOs und Politiker:innen davon, dass mindestens 2000 Menschen in geschlossenen Haftlagern untergebracht sind. Mindestens 21 Menschen sind bisher im Grenzgebiet gestorben – letztes Jahr hat es Tausende illegale Pushbacks von Polen nach Belarus gegeben. Mit diesem Vorgehen verstößt die polnische Regierung eindeutig gegen internationales und europäisches Flüchtlingsrecht.

Wir haben während unseres Aufenthalts Rechtsanwält:innen und Engagierte unterschiedlicher Organisationen gesprochen. Aktivist:innen und Ehrenamtliche berichteten davon, wie sie Menschen, darunter viele Familien mit kleinen Kindern, völlig durchgefroren im Wald in der von der polnischen Regierung eingerichteten Sperrzone aufgefunden haben. Mit warmer und trockener Kleidung versuchen sie, die Menschen vor Unterkühlung und dem kalten Tod zu bewahren. Bei manchen Flüchtenden war die Kleidung schon an der Haut festgefroren. Wir fordern von der Bundesregierung und der Kommission der Europäischen Union:

Clara Bünger mit polnischen Linkspolitikerinnen vor dem Behördenzentrum Krosno

1. Pushbacks beenden, EU- und Menschenrechte einhalten

Illegale Zurückweisungen von schutzsuchenden Menschen an der EU-Außengrenze müssen endlich konsequent beendet und sanktioniert werden.

2. Keine rechtsfreien Sperrzonen, sondern humanitäre Korridore schaffen

Schutzsuchende, die sich jetzt noch im Grenzgebiet aufhalten, dürfen wir nicht zurücklassen. Die Bundesregierung spricht in ihrem Koalitionsvertrag davon, dass sie das Leid an der EU-Außengrenze beenden möchte. Dann muss sie jetzt handeln und Geflüchtete aus Polen, aber auch aus Belarus, evakuieren.

3. Polen ist kein sicherer Ort für Schutzsuchende

Es darf keine Überstellungen nach Polen geben. Polen ist für Schutzsuchende nicht sicher, die Situation in Polen ist beispielhaft für eine systematische Verletzung von EU- und Menschenrechten. Zum einen, weil Polen Schutzsuchende an der EU-Außengrenze ohne rechtsstaatliche Verfahren zurückweist und so gegen das non-refoulement Gebot verstößt, zum anderen aufgrund der katastrophalen Unterbringung von Schutzsuchenden.

4. EU-Kommission darf nicht jene Mitgliedstaaten gewähren lassen, die Menschenrechte verletzen

Die Zurückweisung von Geflüchteten ohne individuelle Prüfung im Asylverfahren ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und geltendes EU-Asylrecht. Es darf nicht zugelassen werden, dass an der EU-Außengrenze rechtsfreie Räume geschaffen werden, wie die militärischen Sperrzonen in Polen, die auch gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip der EU verstoßen.

5. Keine Kriminalisierung von Fluchthilfe

Solidarität und Fluchthilfe dürfen nicht kriminalisiert werden. Wo die EU-Mitgliedstaaten versagen, humanitäre Korridore von den EU-Außengrenzen ins Innere des Staatenbundes einzurichten, schaffen Aktivist:innen und die Zivilgesellschaft kleine Fluchtfenster für wenige. Dieses Engagement muss, anstelle es zu kriminalisieren, als Vorbild für eine staatliche Aufnahmepolitik dienen.

Clara Bünger

Was braucht der Mensch für seine bloße Existenz? Und muss man es im Einzelfall prüfen?

Wege aus der Utopiefalle

Die Debatte um die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens wird auch und besonders in unserer Partei hart und kontrovers geführt

Es stehen sich in meiner Wahrnehmung zwei Minderheiten von entschlossenen Befürworter:innen und Gegner:innen einer großen Zahl unentschiedener Mitglieder gegenüber, die häufig auf beiden Seiten gute Argumente finden. Ich möchte in den nächsten Ausgaben im Hinblick auf den anstehenden Mitgliederentscheid im Herbst einige Texte vorstellen, die ich für bedenkenswert halte, um die Debatte zu versachlichen. Beginnen möchte ich mit einem Text von Georg Vobruba aus dem 2018 erschienenen Sammelband »Grundeinkommen kontrovers – Plädoyers für und gegen ein neues Sozialmodell« (Beltz Juventa, Weinheim, Basel 2018. Seite 224–236)

Sachzwänge

Vobruba führt an, dass sich die Diskussion zu wenig mit Strategiefragen befasst, sie jedoch aus zwei Gründen wichtig und aufschlussreich ist. Dies ist zum einen der »politisch-klimatische Grund«: Die Debatte um ein Grundeinkommen kann helfen, aus der Defensive zu kommen und notwendige Forderungen zur Überwindung von Ungleichheit, Entrechtlichung und Abstiegsängsten nach dem Motto »Seid realistisch, verlangt das Unmögliche« von der bisherigen Sachzwanglogik zu lösen, die dafür sorgt, dass wir viele Themen oft sehr beengt innerhalb der bestehenden Sozialstaatspolitik diskutieren. Zum anderen der »grundsätzliche Grund«: Mit einem Grundeinkommen werden Vobruba zufolge keineswegs alle gesellschaftspolitischen Fragen geklärt, jedoch eignet sich die Diskussion »wie ein Lackmustest« zur Erörterung selbiger. Etwa: »Nach welchen Kriterien bestimmt sich die Menschenwürde und wer bestimmt diese Kriterien?« »Was sind die Voraussetzungen von Demokratie und wie gestalten wir gesellschaftliche Integration und Anerkennung?« Und grundsätzlich: Welche Rolle nimmt Politik ein und was ist der »Sinn von Arbeit?« Lässt Vorbruba im einleitenden Teil seines Beitrags seine Sympathie für ein Grundeinkommen durchscheinen, so beschäftigt sich der weitere Text kritisch mit der Wortwahl der Befürworter:innen und zeigt konkrete Umsetzungsstrategien auf, von denen ich zwei hier auszugsweise vorstellen möchte: Ein *bedingungsloses* Grundeinkommen für *alle* hält er (aktuell) für kaum denkbar und verwendet daher die für ihn präzisere Bezeichnung »garantiertes Grundeinkommen«. »Sozialwissenschaftlich und politisch« sollten zwei Einschränkungen der »Bedingungslosigkeit« daher offensiv diskutiert werden.

Die Utopiefalle

Erstens: »Der Kreis der Berechtigen ist immer räumlich begrenzt«. Fordert man ein Grundeinkommen für alle, überdeckt man dieses Problem und bleibt in »idylischen Grundeinkommensvorstellungen« hängen. Geklärt werden müssen demzufolge Frage wie: »Wer gehört zur politischen Gemeinschaft« von der in manchen Konzepten die Rede ist und »wer nicht?« Schließlich sei die Forderung nach einem »weltweiten Grundeinkommen« zwar logisch, realpolitisch aber illusionär.

Zweitens: »Ab welchem Alter soll man zum Bezug des garantierten Grundeinkommens berechtigt sein?« Vobruba geht an dieser Stelle der in Umfragen oft beliebten Frage nach: »Würden Sie trotz Grundeinkommen weiter einer Berufstätigkeit nachgehen?« Welche von der Mehrzahl der Menschen zumeist mit Ja beantwortet wird. Wie würde aber ein Grundeinkommen, bisher nicht im Erwerbsleben sozialisierte junge Menschen in der Wahl ihrer zukünftigen Tätigkeit beeinflussen? »Wird es genügend Menschen geben, die bereit sind, notwendige, jedoch unangenehme Tätigkeiten zu übernehmen?« Zwar lässt sich diese Frage durch ausreichend hohe Löhne möglichweise mit »Ja« beantworten. Die für ihn entscheidende Frage für aber ist mit Hannah Arendt gesprochen: »Wieviele Menschen werden es überhaupt schaffen in ein tätiges Leben zu finden?«

Sozialwissenschaftlich und politisch sollten Einschränkungen der Bedingungslosigkeit offensiv diskutiert werden

Zum Abschluss zeigt Vobruba »Wege aus der Utopiefalle des Grundeinkommens« auf und warnt zugleich davor, die Gefahr, dass ein Grundeinkommen als »Deckmantel für sozialpolitische Abbaupläne genutzt werden kann« zu unterschätzen. Die »Utopiefalle«, »wenn sich ein Grundeinkommen nur mit einem großen Sprung einführen lässt, lässt es sich gar nicht einführen« gilt es durch eine schrittweise Realisierung zu umgehen. So sind »Reformschritte« notwendig, die schon jetzt unmittelbare Verbesserungen bringen und nicht hinter den Status Quo zurückfallen dürfen. Mit konkreten Reformschritten lassen sich zudem unterschiedliche Konzepte weltanschaulich und sozialpolitisch konkretisieren und zwar weitergehender als »nur« durch die Verwendung unterschiedlicher Begrifflichkeiten.

Eine weitere Privatisierung und Vermarktlichung sozialer Sicherung gilt es in jedem Fall zu verhindern.

Michael Thate

Georg Vobruba: »Wege aus der Utopiefalle des Grundeinkommens«, in: »Grundeinkommen kontrovers – Plädoyers für und gegen ein neues Sozialmodell« (Beltz Juventa, Weinheim, Basel 2018. Seite 224–236)

Die Waffen nieder!

Position des Parteivorstandes der LINKEN zum Krieg in der Ukraine

DIE LINKE war, ist und bleibt Friedenspartei

Die Bombenangriffe und der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine sind eine neue Stufe der Aggression durch Putin, die DIE LINKE auf das Schärfste verurteilt. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Russland muss die Kampfhandlungen sofort einstellen, einem Waffenstillstand zustimmen und an den Verhandlungstisch zurückkehren.

DIE LINKE verfolgt besorgt die dramatische Eskalation im Russland-Ukraine-Konflikt. Es besteht die Gefahr eines verheerenden Flächenbrand mit massiven Folgen für die Menschen vor Ort und in ganz Europa. Die Nachbarstaaten dürfen bei der Aufnahme von Geflüchteten nicht alleine gelassen werden.

DIE LINKE stellt sich gegen den Krieg und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen. Wir sind die Partei des Völkerrechts und lehnen Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich ab. Unsere Solidarität gilt den Menschen vor Ort, die schon lange schwer unter dem Kampf um Einflusssphären leiden und als erstes von einem Krieg und seinen Folgen betroffen sind.

Eskalationsspirale stoppen

Russland hat die Osterweiterung der NATO immer wieder zu Recht kritisiert. In den letzten Jahren hat die NATO mit Raketenstationierungen, fortgesetzter Aufrüstungspolitik und Manövern in Osteuropa die Situation verschärft. Doch die Anerkennung der »Volksrepubliken« und der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine eskalieren den Konflikt weiter. Der Einmarsch russischer Truppen ist keine »Friedensmission«, sondern völkerrechtswidrig, verletzt die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine – und er befördert die Gefahr eines großen Krieges in Europa. Mehr noch: Putin hat in seiner Rede zur Anerkennung der »Volksrepubliken« deutlich gemacht, dass er einen aggressiven Nationalismus vertritt. Dem stellen wir uns entgegen. Die Sicherheit und Unabhängigkeit der Ukraine muss gewahrt werden. Die Menschen, die dort leben, dürfen nicht weiter zum Spielball geopolitischer Interessen werden.

Die Waffen nieder! Einzig akzeptable Forderung

DIE LINKE fordert deswegen: Die russischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden! Konfliktentschärfung und Deeskalation sind dringend notwendig. Alle diplomatischen Möglichkeiten müssen genutzt werden! Eine Rückkehr zum Minsker Abkommen und dessen Umsetzung bleibt das Ziel. Keine Lieferung von Waffen in die Region! Feuer löscht man nicht mit Benzin. Vereinbarung eines militärfreien Sicherheitskorridors an der ukrainisch-russischen Grenze sowie an der Grenze von Russland und den NATO-Mitgliedsstaaten. Verhandlungen im Rahmen des Normandie-Formates auf Grundlage eines klaren Bekenntnisses zur Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit. Geflüchtete schützen! Alle Abschiebungen in die Krisenregion müssen sofort gestoppt werden. Solidarische Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern aus Russland und der Ukraine!

Für eine neue Sicherheitsarchitektur

Langfristig brauchen wir eine Abkehr von Hegemonialansprüchen und die Anerkennung einer Weltordnung mit gleichberechtigten Partnern. Dazu gehören nicht nur die USA und Russland, sondern auch die EU, und alle osteuropäischen Staaten, inklusive der Ukraine. Um gemeinsam in Frieden leben zu können, brauchen wir eine neue gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur. Dafür braucht es einen Stopp der Ostererweiterung der NATO, ein Ende westlicher wie russischer Großmachtspolitik und eine massive Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE). Sie muss ihrer Rolle für Vermittlung und Friedenssicherung in Europa endlich nachkommen können und dafür entsprechend ausgestattet werden.

Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Staaten lenken immer von den sozialen Konflikten und Ungerechtigkeiten in den Ländern selbst ab. Tatsächlich profitieren von der militärischen Konfrontation zwischen den Großmächten vor allem die Rüstungskonzerne. Deswegen stehen wir auf der Seite der Menschen in den NATO-Staaten, in der Ukraine und in Russland, die in ihrer großen Mehrheit keinen Krieg wollen. Auch die Bundesregierung hat einen Aufrüstungs- und Konfrontationskurs gefahren. Doch wir müssen dringend aus der Rüstungsspirale ausbrechen. Daher kritisieren wir die Militarisierung der Außenpolitik durch Bundesregierung, EU und NATO und fordern einen Politikwechsel – für gewaltfreie Konfliktlösung, sozialen Ausgleich und grenzübergreifende Kooperation.

Feuer löscht man nicht mit Benzin

DIE LINKE ist die Friedenspartei und verlässliche Stimme der Friedensbewegung im Bundestag. Investitionen in Militarisierung und Aufrüstung lehnen wir ab. Wir wollen in das investieren, was den Menschen hier und anderswo nützt: Gesundheit, Bildung, Klimaschutz, gute Arbeit. Dafür rufen wir bundesweit zu Protesten auf: Schluss mit der Aufrüstung, die Waffen nieder!

Der neue Stadtvorstand der Dresdner LINKEN

ERGEBNISSE STADTPARTEITAG

Dresden gerechter machen

Am Samstag, dem 5. Februar 2022, hat der Stadtparteitag der Dresdner LINKEN in der Schauburg über die Kandidatur zur Dresdner Oberbürgermeisterwahl 2022 entschieden. DIE LINKE geht mit dem langjährigen Fraktionsvorsitzenden André Schollbach ins Rennen. Er wurde als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters aufgestellt.

Die Vorsitzenden der Dresdner LINKEN, Anne Holowenko und Jens Matthis, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Anja Apel sowie die Bürgermeisterinnen Annekatrin Klepsch und Dr. Kristin Klaudia Kaufmann hatten André Schollbach als Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters vorgeschlagen.

Außerdem wählte der Stadtparteitag der Dresdner LINKEN einen neuen Stadtvorstand. Als Stadtvorsitzende wurden Jens Matthis und Jacqueline Muth, als Stellvertreter:innen Jenny Kunkel und Florian Berndt. Schatzmeister ist weiterhin Uwe Schaarschmidt, neuer Jugendpolitischer Sprecher Paul Senf.

Kristin Hofmann

Weitere Stadtvorstandsmitglieder

Heidrun Angermann, Marina Brandt, Rica Gottwald, Hannah Hasselhorn, Reingard Jokisch, Jenny Keck, Christel Machold, Kerstin Vietze, Marcus Bartusch, Artyom Stassyuk, Benjamin Keckeis, Magnus Hecht, Marcel Ritschel, Niklas Schütze

MÄRZ/APRIL

Termine und Veranstaltungen

Treffen AG Ökologie
■ **15. März, 18.30 Uhr, Ort bitte zeitnah der Website entnehmen oder nachfragen unter Telefon 0351/8583801**

Sitzung des Stadtvorstandes
■ **17. März, 18 Uhr, »Haus der Begenung«, Saal, Großenhainer Str. 93. Die Sitzung ist parteiöffentlich.**

Blutspendeaktion
■ **22. März, 15–19 Uhr, »Haus der Begenung«, Großenhainer Str. 93, Veranstalter: DRK – Deutsches Rotes Kreuz, Terminreservierung: www.blutspende-nordost.de/blutspendetermine**

Infostand am Merianplatz
■ **26. März, 10–12 Uhr, Merianplatz, Dresden-Gorbitz**

Treffen Ältestenrat
■ **4. April, 14 Uhr, »Haus der Begenung«, Empore, Großenhainer Str. 93. Bei Fragen: E-Mail an kontakt@dielinke-dresden.de**

Sitzung des Stadtvorstandes
■ **7. April, 18 Uhr, »Haus der Begenung«, Saal, Großenhainer Str. 93. Die Sitzung ist parteiöffentlich.**

Treffen AG Ökologie
■ **12. April, 18 Uhr, Ort bitte zeitnah der Website entnehmen oder nachfragen unter Telefon 0351/8583801**

»Linke Flaute«

Eine Veranstaltungsreihe der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen. Alle Veranstaltungen finden online statt.
■ **Anmeldung per E-Mail unter info@rosalux-sachsen.de**

Mit Gramsci die Krise verstehen?

Mit Uwe Hirschfeld (em. Professor für Politische Theorie und Bildung an der EHS Dresden). Der Vortrag führt in die zentralen Begriffe ein und bezieht sie auf die Gegenwart. In der anschließenden Diskussion ist zu erörtern, wie produktiv sie für linke Politik sein können.
■ **22. März, 19 Uhr**

Narrative, Framing und »die Geschichte«

Mit Paul Wellsow (Politikwissenschaftler und von 2010 bis 2018 Mitarbeiter für Grundsatzfragen der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag) und Mandy Tröger (Medienforscherin, Journalistin)
■ **5. April, 18 Uhr**

Sozialismus. Nur eine Utopie?

Mit Bini Adamczak (Philosophin und Aktivistin, Berlin), Klaus Dörre (Professor für Soziologie FSU Jena) und Dagmar Enkelmann (Vorsitzende der Rosa Luxemburg Stiftung, Moderation)
■ **20. April, 19 Uhr**

TERRASSEN- UND GARTENERÖFFNUNG AM ZEITGEIST

Frühlingserwachen

Wie soll die Terrasse heißen? Ideen sind gefragt

Nicht nur der Frühling naht, auch das Häuschen samt neuer Sonnenterrasse wird fertig. Zur Eröffnung haben wir uns einige Gedanken gemacht und werden mit einem neuen Angebot aufwarten: Flaschenbier, neue Öffnungszeiten, Thementage, Livemusik, Selfmade-Grill-Pakete zu erschwinglichen Preisen und vieles mehr.

Und jetzt kommst du – ja genau du! Deine Kreativität ist gefragt, denn unsere Terrasse braucht noch einen fetzigen Namen. Am 8. April ist Namenstag, Du kannst Dich mit überzeugenden Ideen einbringen und hast die Chance, dich als Namensgeber:in zu verewigen. Die Abstimmung erfolgt am 8. April unter allen Teilnehmern der Eröffnungsparty. Alle Ideeneinreicher:innen bekommen zur Einweihung ein Freibier oder einen Wein.

Die Siegerin oder der Sieger darf bei der Taufe persönlich den Sektkorken knallen lassen und an die Treppe werfen. Zudem winken der Siegerin oder dem Sieger weitere Preise: Das goldene Namensschild am Terrassenaufgang, Freigetränke für den ganzen Abend und zur ersten eigenen Party auf der Terrasse gibt der Zeitgeist Getränke im Wert von 80 Euro dazu. Jeder Gast der Eröffnungsparty darf zwischen 18 und 20 Uhr an der Abstimmung teilnehmen. Zahlreiche Freunde mitschleppen lohnt sich also, nicht nur wegen der Livemusik von Liebes Fräulein, Wera, Baron und Kalle und des spritzigen Getränkeportfolios, sondern erhöht auch deine Gewinnchancen.

Oli vom »Zeitgeist« – Die Kneipe im Haus der Begegnung

■ **Eintritt ist natürlich frei. Bis zum 7. April muss dein Vorschlag unter dem Stichwort »Name gesucht« per E-Mail an info@derzeitgeist.de eingegangen sein.**

Kostenloser ÖPNV – eine junge Perspektive

Wir hören schon die Staatskasse zittern und ein gelbes Herz bricht irgendwo im Bundesfinanzministerium

Ein obdachloser Mensch, der nicht mehr mit Strafgeldern bombardiert wird und vielleicht sogar in eine Ersatzfreiheitsstrafe hätte gehen sollen. Menschen, die sich kein regelmäßiges Ticket leisten können und ebenfalls nicht in ständiger Angst leben müssen, eine Anzeige für Erschleichung von Leistungen zu bekommen.

Eine junge Perspektive für die Menschen in Deutschland, im eigenen Wohngebiet alle Teile der Stadt bis hin ins ländliche Gebiet zu kommen. Man sollte in kürzester Zeit jede Veranstaltung, jede Feier und Party, jede Arbeit erreichen können. Die Frage könnte lauten: Ist dies eine kulturelle Revolution? Die Anzahl der Menschen, die anfangen dadurch kleine Geldmengen zu sparen und diese vielleicht in die lokale Wirtschaft stecken. Dann geht man doch mal gerne in das Restaurant im Norden der Stadt, weil man nur Gutes davon gehört hat. Dann kann man doch mal in diesen Laden im Süden gehen, der genau das Produkt hat, was man eigentlich wollte und nicht das, was gerade in der Nähe ist. Dann kann man doch ins Museum gehen, auf Feste und Veranstaltungen in andere Teile der Stadt fahren. Dann, dann, dann ...

Die Fortführung könnte ewig so fortgesetzt werden. Auch wenn es Zweifel an der Wirksamkeit auf die Klimaproblematik und den Umstieg von Autos auf die kostenlosen Verkehrsmittel gibt, wie man regelrecht im Internet finden kann. Eine Befreiung der Öffentlichkeit von den Tickets ist eine Erleichterung für jede Person, die irgendwann mal diese benutzen möchte.

Ausgedient: Bares für Tickets

Der Wegfall von Bußgeldern und Strafanzeigen werden nicht nur die Verwaltung und die Justiz entlasten, sondern auch die Vermenschlichung derer, die wenig haben, in der Gesellschaft fördern. Diese werden nicht mehr öffentlich beim Erwischen des Schwarzfahrens und in den Gerichtsverhandlungen bloßgestellt, sondern es entlastet auch die Strafvollzugsanstalten, welche genau die Menschen bestrafen muss, die sich ein Bußgeld genau so wenig leisten konnten wie ein Stück Papier aus den Fahrkartenautomaten. Das Geld alleine, was man für die Unterbringung der Menschen in Gefängnissen spart, das kann man in soziale Projekte oder direkt in den Verkehr investieren.

Vielfältige Bedürfnisse

Den ÖPNV kann man schon als ein Grundgerüst der Kommunikation zwischen den Menschen zählen. Personen ohne die finanzielle Möglichkeit für ein Auto können Freundinnen und Freunde besuchen, sehen und in die Arme schließen. Ist also gerade für jene junge Menschen attraktiv, für die die Anschaffung eines Autos sowieso in weiter Ferne liegt.

ÖPNV kann man als Gerüst der Kommunikation zählen

Zwischenmenschlicher Kontakt ist eines der grundlegendsten Bedürfnisse des Menschen. Sowie ein Staat Nahrungs- und Wasserversorgung, Unterkunft und Sicherheit gewährleisten muss, ist auch ein Sozialcharakter nicht zu unterschätzen und dringend zu fördern. Es wäre nicht die Erfüllung des kompletten Bedürfnisses, aber es wäre ein Teil und damit ein Anfang für die Menschen, die es aufgrund ihrer verschiedensten Lagen, nicht können. Wirtschaftliche Vorteile für Kultur und auch die kombinierbare Erhöhung der Kaufkraft in den lokalen Geschäften ist theoretisch auch einkalkulierbar.

Die Debatte ist durchzogen von Umsetzungsmöglichkeiten oder auch Unmöglichkeitsgedanken. Aber sollte man nicht aktiv nach verschiedensten Herangehensweisen suchen, um das Leben aller zu vereinfachen? Das ist keine soziale Frage, sondern eine menschliche Frage. *David Zech*

Quer-Vernunft gegen Irrsinn

POLITISCHE MOTIVATION UND STAATLICHE DEMOTIVATION

Querdenken? Querstellen!

Unter dem Motto »Querstellen« sind wir als Linksjugend mit einer Gruppe junger Menschen, die aus den anderen progressiven Parteijugenden und unabhängigen Initiativen kommen, die vergangenen Montage sehr regelmäßig gegen die sogenannten Querdenker:innen aktiv gewesen. Es ist uns immer wieder gelungen spontane Kundgebungen auf der schwer berechenbaren Route von Querdenken anzuzeigen und sie so unter lautstarkem Gegenprotest einige Male zum Umlenken zu zwingen. Leider sehen wir wöchentlich, dass es der Polizei an unserer Motivation fehlt. Schon lang scheinen die Entscheidungsträger:innen aufgegeben zu haben diese unangemeldeten Aufzüge aufzulösen. Doch unsere Gegenproteste können noch nicht einmal wirksam geschützt werden. Als traurigen Höhepunkt mussten wir miterleben wie die Querdenker:innen am 21. Februar die Polizeikette zur Abgrenzung unserer angemeldeten Kundgebung und deren nicht angezeigten Aufmarsch durchbrachen und auf unsere Kundgebungsseite gelangten, wobei sowohl Teile unserer Kundgebung als auch Polizist:innen sichtbar verletzt wurden. Es kann nicht sein, dass wir uns diesen Faschist:innen allein in den Weg stellen müssen und uns noch nicht einmal des staatlichen Schutzes sicher sein können. *Paul Senf*

Waffenhandel steuerlich begünstigen oder lieber stoppen? Aktion der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« vor der Zentrale von Rheinmetall in Düsseldorf

Steuerfreies Töten

Die EU-Kommission kommt auf immer abenteuerlichere Ideen, um die Aufrüstung der Europäischen Union voranzutreiben

Einen vorläufigen Höhepunkt stellt hier das jüngst präsentierte Verteidigungspaket der Kommission dar, in der vor allem eine Mehrwertsteuerbefreiung für europäische Rüstungsgroßprojekte angekündigt wird. Es ist verrückt: während Grundnahrungsmittel zumindest mit reduziertem Satz besteuert werden, werden Rüstungsgüter über die Mehrwertsteuerbefreiung subventioniert. Die Europäische Kommission sollte sich schleunigst über ihre Prioritäten Gedanken machen – und sie dann vom Kopf auf die Füße stellen!

Das Verteidigungspaket besteht aus zwei Mitteilungen, einer zum »Beitrag der Kommission zur Stärkung der europäischen Verteidigung« und einer mit einem »Fahrplan für kritische Technologien für Sicherheit und Verteidigung«. Vor allem die militärische Nutzung des Weltalls und die Entwicklung neuer Kriegstechnologien rund um das Thema künstliche Intelligenz sollen damit vorangetrieben werden. Insbesondere will die Kommission die Anbahnung länderübergreifender Rüstungsgroßprojekte erleichtern. Zu diesem Ziel verankerte sie mit dem EU-Verteidigungsfonds bereits seit diesem Jahr erstmals einen offiziellen Rüstungshaushalt im EU-Budget. Über ihn soll im Zeitraum zwischen 2021 und 2027 die Erforschung und Entwicklung länderübergreifender Rüstungsprojekte mit knapp acht Milliarden Euro gefördert werden.

Rüstungslobby jubelt

Die nun präsentierten Pläne der EU-Kommission sind als Ergänzung dieser Bemühungen zu verstehen. Deshalb kündigte die Kommission nun an, bis Anfang 2023 einen Mehrwertsteuerverzicht für Rüstungsgroßprojekte vorzuschlagen, die über den EU-Verteidigungsfonds finanziert werden. Kein Wunder also, dass die Kommissionspläne vom größten EU-Rüstungslobbyverband, der ASD, euphorisch begrüßt wurden.

Die Kommission will die Anbahnung länderübergreifender Rüstungsgroßprojekte erleichtern

Aussagen der Kommission, die Rüstungsindustrie müsse sich auf eine sichere Finanzierungsmöglichkeit verlassen können, seien auch mit Blick auf die aktuell laufenden Verhandlungen über die geplante »soziale EU-Taxonomie« sehr zu begrüßen, so ASD-Generalsekretär Jan Pie. Denn die Rüstungsindustrie läuft aktuell dagegen Sturm, dass zumindest einige ihrer Produkte am Ende der derzeitigen Diskussion um diese EU-Taxonomie als sozial schädlich eingestuft werden könnten und ihnen damit der Zugang zu den Finanzmitteln vieler Fonds verwehrt würde. Dass die Kommission mit ihrem Verteidigungspaket nun ihre Bereitschaft unter Beweis stellt, der Rüstungsindustrie den roten Teppich auszurollen, lässt deshalb auch für die Auseinandersetzungen um die EU-Taxonomie nichts Gutes erwarten.

Özlem Alev Demirel, Mitglied des Europaparlaments

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Sarah Buddeberg, Clara Bünger, Özlem Alev Demirel, Rica Gottwald, Kristin Hofmann, Jens Matthis, Oliver Reetz, Uwe Schaarschmidt, Susanne Schaper, Paul Senf, Michael Thate, David Zech

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Paul Moody/unsplash (1), Vladimir Fedotov/unsplash (2), DIE LINKE (2), Clara Bünger (3), Darko M./unsplash (3), Dr. Klaus-Uwe Gerhardt/pixelio (4), Martin Heinlein (5), Oliver Reetz (6), Paul Senf (7), Karin Jung/pixelio (7), Lunabonn/wikimedia commons (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
24. Februar 2021

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Zwei Jahre nach Hanau

Breite Zivilgesellschaft ist bester Verfassungsschutz

Am 19. Februar 2020 wurden in Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven ermordet. LINKEN-Bundestagsabgeordnete Janine Wissler forderte im Bundestag Aufklärung in dem Fall – ihre Rede in Auszügen.

»Hanau ist kein Einzelfall und rechter Terror kein neues Phänomen. Das Oktoberfest-Attentat, Rostock, Mölln und Solingen, die Mordserie des NSU, München, der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle, Hanau – über 200 Menschen wurden seit 1990 durch rechte Gewalt getötet. Immer wieder trauern Familien, fühlen sich Menschen schutzlos, werden Opfer, verdächtigt. Erinnern wir uns an den Umgang mit den Familien der NSU-Opfer, die kriminalisiert wurden, statt Hilfe zu erfahren, weil man nicht glauben wollte, dass die Täter rechte Terroristen sind.

Rechter Terror und rechte Netzwerke wurden viel zu lange verharmlost und nicht ernst genommen, und die Opferfamilien von Hanau fordern Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen – Erinnerung, damit die Tat und die Namen der Opfer nicht vergessen werden. Es darf keinen Schlussstrich geben. [...]

Wer rechte Gewalt und rechten Terror beenden will, der muss die rechten Netzwerke erkennen, der muss die Szene konsequent entwaffnen. Es muss Schluss sein mit dem Gerede von Einzelfällen und Einzeltätern. Und wir müssen den strukturellen, den alltäglichen Rassismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen und auch in staatlichen Institutionen bekämpfen. Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus dürfen keinen Platz haben.

Spätestens nach Hanau war auch Janine Wissler im Fokus rechter Terroristen

Und hören wir den Menschen zu, wenn sie erzählen, wie entwürdigend es ist, immer und immer wieder anlasslos in Polizeikontrollen zu kommen, wie schwierig es ist, mit einem nichtdeutschen Namen eine Wohnung zu finden, dass man bei der Polizei oft nicht ernst genommen wird oder sogar verdächtigt wird, wenn man doch Hilfe sucht. [...]

Und wir müssen die geistigen Brandstifter benennen, die für ein Klima sorgen, in denen sich Täter ermutigt fühlen. Wer von Messermännern, Kopftuchmädchen und anderen Taugenichtsen spricht, wer Muslime, Migranten und Geflüchtete diffamiert, die Verbrechen der Nazizeit relativiert, wie die AfD das tut, schafft einen Nährboden für rechte Gewalt.

»Gegen die Gefahr von rechts brauchen wir eine breite Mobilisierung«

Janine Wissler

Unsere Solidarität gilt den Menschen, die Opfer von rechter Gewalt und Bedrohung werden, und unsere Solidarität gilt all denen, die sich tagtäglich gegen Rassismus engagieren, die sich den Rechten in den Weg stellen; denn die sind doch der beste Verfassungsschutz in diesem Land.

Gegen die Gefahr von rechts brauchen wir breite Mobilisierung, wir brauchen Bündnisse wie die ›Omas gegen rechts‹, wie ›Black Lives Matter‹, wir brauchen Antifa-Bündnisse – und ›Aufstehen gegen Rassismus‹. Zivilgesellschaftliche Initiativen und Beratungsangebote müssen gestärkt und finanziell besser ausgestattet werden.

Und zum Schluss: Die Opfer von Hanau sind nicht vergessen. Ihre Angehörigen fordern zu Recht: Hanau darf keine weitere Station des rechten Terrors sein, Hanau muss die Endstation sein.«

Janine Wissler

Dresden hat ein Problem mit Rechtsextremen

DRESDNER VERSAMMLUNGSBEHÖRDE

Alles im Griff

Dresden hat ein Problem – nicht nur mit Rechtsextremen, die wöchentlich durch die Stadt marschieren, sondern auch mit Behörden, die gern mal ein Auge zudrücken, wo sie an anderer Stelle ganz genau hinschauen. Rita Kunert berichtet von einem aussagekräftigen Beispiel.

Am 19. Februar war es genau zwei Jahre her, dass in Hanau neun Menschen starben. Ermordet von einem Rassisten. Am frühen Abend kamen auf dem Gomondai-Platz viele Menschen zusammen, um dieser neun Menschen zu gedenken, um daran zu erinnern, dass bis heute nichts, aber auch gar nichts aufgeklärt wurde. Dass Familien und Freund:innen der Opfer keine Antworten auf ihre Fragen haben. Dass es außer salbungsvollen Worten der Politik nichts gibt, was in unserem Land gegen den immer stärker werden Rassismus getan wird.

Auf der anderen Seite der Elbe herrschte zu der Zeit Partystimmung bei Querdenken. Mehrere Tausend Menschen zogen, den stramm rechten Block in den ersten Reihen, unter Trommelwirbel und Sirenengeheul durch die Stadt, tanzten Polonaise auf dem Altmarkt. Der Aufzug über Teile der B 173 war kein Problem, keine Abstände und keine Masken waren auch keins. Die uns immer wieder untersagte Erzeugung von Notrufsignalen mit dem Megaphon auch nicht. Und mittendrin stand der zuständige Mitarbeiter der Versammlungsbehörde mit Zigarette im Mund, das Handy so tief in der Jacke vergraben, dass ihn der Einsatzleiter der Polizei nicht erreichen konnte. Er hatte nach eigenen Worten »alles im Griff« ...

Wir danken dem RAA Sachsen e.V. für die Organisation der Veranstaltung am Gomondai-Platz, der kleinen Gruppe Menschen vom AKD für den Gegenprotest bei Querdenken und allen Menschen, die dabei waren, dafür, dass sie den Weg auf die Straßen und Plätze gefunden haben. *Rita Kunert*

SOZIALBESTATTUNGEN

Würdevoll bis zuletzt

Wenn ein Mensch lange Zeit lebt, sagt die Welt es ist Zeit ... dass er geht«, sangen die Puhdys und klar ist: Eines Tages ist es für uns alle der letzte Tag auf der Erde. Je nach Anschauungen geht es dann anderswo oder in anderer Form weiter oder das Licht ist tatsächlich aus.

Klar ist, irgendwas muss mit unseren Überresten geschehen und deutsche Gesetze schreiben eine Friedhofsbeerdigung vor, Ausnahmen bilden Seebestattungen. »Nichts ist umsonst. Nicht einmal der Tod«, heißt es umgangssprachlich und auch wenn damit gemeint ist, dass der Tod das Leben kostet, ist die Beerdigung nicht frei von Kosten. Beerdigungen können richtig ins Geld gehen. Können diese Angehörigen bzw. verpflichteten Personen nicht zugemutet werden, springt der Staat, also hier die Landeshauptstadt ein und übernimmt die Kosten für eine einfache, aber würdige Bestattung. In Dresden sind die Zahlen der Sozialbestattungen eher rückläufig. Gab es 2010 noch 272 Sozialbestattungen, waren es 2020 *lediglich* 142 Sozialbestattungen. Im Jahr 2021 gab es jedoch wieder einen sprunghaften Anstieg auf 170. Gründe hierfür kann es einige geben. Sicherlich spielt eine leicht höhere Sterblichkeit im Vergleich zum Vorjahr sowie die Zunahme von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit infolge der Corona-Pandemie eine Rolle. Für uns als LINKE ist klar: Menschen mit keinem oder wenig Einkommen muss ein würdevolles Begräbnis ermöglicht werden.

Christopher Colditz

Würdevolles Erinnern pflegen

Auf den Weg gebracht

DIE LINKE hat mehr Mittel für soziale Projekte, unter anderem für die Bewältigung von Pandemiefolgen, durchgesetzt

Alleinerziehende trifft die Corona-Krise besonders hart

Im Februar beschloss der Sozialausschuss, Projekte im Umfang von 900.000 Euro zu finanzieren. Diese Mehrausgaben waren möglich, da mit der Fusion der Energiewerke Drewag und Enso zur SachsenEnergie einmalig Steuergeldeinsparungen für die Stadt verzeichnet wurden. Wir als LINKE haben durchgesetzt, dass ein Anteil dieses Betrages für soziale Projekte zur Verfügung gestellt wird. Der entsprechende Beschluss wurde im Stadtrat im September gefasst.

Vernetzung statt Vereinsamung

Zahlreiche Träger und Vereine haben sich auf den Förderaufruf des Sozialamtes gemeldet und Projektideen eingereicht. Der Schwerpunkt lag auf der Verwirklichung von Gemeinwesenarbeit und nachbarschaftlicher Vernetzung. Es ist zudem gelungen, mit Angeboten auf die bereits sichtbaren Folgen der Corona-Pandemie einzugehen. Zwei Jahre Dauerbelastung durch die Angst vor einer Infektion bzw. die Folgen einer Infektion, die unklare Betreuungssituation der Kinder, Jobverlust bzw. finanzielle Einbußen, Entbehrungen, Vereinsamung und gesellschaftliche Spannungen haben bei vielen Menschen zu Erschöpfung und Überlastung geführt. Zielgruppen, die seit Beginn der Pandemie besonders schwer belastet sind, kann mit den nun beschlossenen Projektförderungen gezielt Unterstützung angeboten werden.

Eine positive Entwicklung seit Pandemie-Beginn: nachbarschaftliche Vernetzung

Alleinerziehende im Fokus

So wurde der höchste finanzielle Zuschuss für die Unterstützung von Alleinerziehenden gewährt. Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass Alleinerziehende seit Beginn der Pandemie nochmal stärker belastet sind als sowieso schon. Geschlossene Kitas und Schulen, Quarantäne der Kinder, Homeschooling, eingeschränkter Regelbetrieb in der Kita – all das bedeutet für Eltern, dass sie ständig ihre Alltagsplanung neu ausrichten müssen. Nicht selten muss von heute auf morgen die Frage, wo die Kinder betreut werden, neu organisiert werden. Das ist für alle Eltern eine erhebliche Herausforderung – für jene, die sich alleine um ihre Kinder kümmern, natürlich nochmal deutlich stärker. Mit der sozialräumlichen Vernetzung und gezielten Unterstützung Alleinerziehender soll nun auf diese Entwicklung gezielt eingegangen werden.

Ebenfalls eine bereits jetzt sichtbare Folge der Krise ist eine starke Belastung von Eltern, insbesondere von Müttern. Durch die nun neue Förderung wurde ein Projekt »Müttergesundheit« auf den Weg gebracht, das sich als niedrigschwelliges Angebot speziell an Mütter in belastenden Lebenslagen richtet.

Auf gute Nachbarschaft

Eine positive Entwicklung seit Beginn der Pandemie war die nachbarschaftliche Vernetzung, die entweder ganz neu auf die Beine gestellt wurde oder wo bestehende Strukturen gefestigt wurden. In Befragungen wurden genau solche nachbarschaftlichen Netzwerke – sofern vorhanden – auch stets als sehr positiv hervorgehoben, insbesondere von älteren Menschen. Um diese teils neue positive Erfahrung gleich auszubauen, lag ein Schwerpunkt der Förderung auf nachbarschaftlicher Vernetzung und Gemeinwesenarbeit. Eine ganze Reihe von Projekten konnte in die Finanzierung aufgenommen werden, zum Beispiel in der Johannstadt, in Prohlis oder Gruna.

Alles in allem wurde mit der beschlossenen Förderung das soziale Netz in Dresden gestärkt.

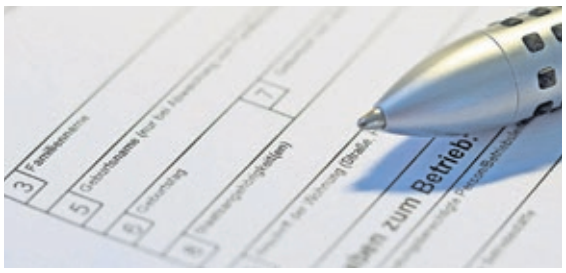
Pia Barkow

DIGITALE VERWALTUNG

Zwischen Traum und Wirklichkeit

Bis zum Ende des Jahres 2022 sollen Bund, Länder und Kommunen 575 Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale digital anbieten und diese zu einem Verbund verknüpfen. So verlangt es das Onlinezugangsgesetz (OZG), bei dem auch Servicestandards für die digitale Verwaltung festgelegt wurden. Die Umsetzung wurde bislang weitestgehend von Bund und Ländern gestaltet, jedoch wird ein erheblicher Teil an Dienstleistungen der öffentlichen Hand auf kommunaler Ebene vollzogen. Hier ist Vieles in Bewegung – allerdings ist dies längst nicht ausreichend, um die fristgerechte Umsetzung des Gesetzes schaffen zu können. Das OZG-Dashboard soll einen Überblick zu den bereits umgesetzten Dienstleistungen geben. Schaut man genauer hin, dann entpuppen sich die dort einsehbaren Zahlen als bloße Augenwischerei. So gilt beispielsweise eine OZG-Leistung als verfügbar, wenn mindestens eine Gemeinde einen Onlineservice für die zugehörige Verwaltungsleistung anbietet.

Bei dem Organisationsentwicklungskonzept (OEK) der Landeshauptstadt Dresden liegt die Priorität auf einer »bürgernahen und digitalen Verwaltung«. Erst kürzlich konnte man der Presse entnehmen, dass bei einem Vergleich durch das Unternehmen Yousign der 20 größten Städte mit Blick auf die Digitalisierung in den Bürgerämtern, Dresden auf dem vorletzten Platz



Digitalisierung im Sinne von mehr Bürgerfreundlichkeit

landete: Mit einer Online-Dienstleistung und vier Dienstleistungen, die per Mail erledigt werden können.

Die Implementierung neuer Lösungen in gewachsene IT-Infrastrukturen auf Länder- oder Kommunalebene ist wahrhaft keine triviale Angelegenheit. Jedoch sollte ein Formularassistent nicht dafür reichen, einen Haken an die Leistung dran zu machen. Eine digitale, kreative, agile und innovative Verwaltung bleibt so weiterhin nur ein Traum. *Katharina Hanser*

Letzter Akt

Beharrlichkeit führte bei den Kitagebühren ans Ziel. Oder wenigstens ganz nah heran

Reale Entlastung für viele Familien: Wir haben uns auf den Weg gemacht

Die Elternbeiträge für Kinderkrippe, Kindergarten und Schulhort folgen einer eigenen Logik. Grundsätzlich sollen Eltern etwas zur Finanzierung der Tagesbetreuung beitragen und die Anteile der Gemeinde und des Freistaates komplettieren. Wie viel das prozentual mindestens sein muss und wie viel das höchstens sein darf steht im Landesgesetz – wovon diese Prozente berechnet werden auch. (Von allem außer den direkten und indirekten Investitionskosten).

In Dresden galt in den vielen Jahren, in denen in der Stadtkasse überall das Geld fehlte, ein unausgesprochenes Einverständnis in der Politik, dass die Stadt die möglichen Höchstbeträge verlangt. Die Widerstände der Eltern dagegen waren gering, weil fast alle, die sich das nicht leisten können, von den Beiträgen befreit sind. Deren Beiträge werden durch die Stadtkasse getragen, die Finanzierung folgt einem Bundesgesetz. Diejenigen wiederum, die etwas zahlen müssen, können das bei ihrer Steuererklärung als Sonderausgaben geltend machen.

Versprechen gehalten

Mit der Aufstellung unseres Kommunalwahlprogrammes allerdings hatte DIE LINKE 2019 ein Versprechen abgegeben: Mit uns wird es keine Erhöhung der Elternbeiträge in dieser Wahlperiode geben. Seitdem erklären wir das wieder und wieder im Stadtrat und vor der Presse. Unmissverständlich. Nein, wir stimmen keiner Erhöhung zu.

Wir sind mit dieser Haltung nicht allein, auch die Freien Wähler und die AfD haben ihre Ablehnung frühzeitig angekündigt. Das hatte zur Folge, dass die politischen Mehrheiten und damit auch die politischen Lasten für die Beitragserhöhung auf Grüne, CDU, SPD und FDP verteilt worden wären. Vor aller Augen an einer deutlichen Beitragserhöhung Schuld sein? Das bereitete diesen Parteien dann doch Unbehagen.

Deswegen wurde der Erhöhungsvorschlag, der schon einmal 2019 im Stadtrat debattiert wurde, wie eine heiße Kartoffel von Sitzung zu Sitzung weitergereicht und erst jetzt in einem Kompromiss außerordentlich stark verändert.

Abkehr vom Maximalbetrag

Das Wesentliche dieser Veränderung: Dresden rückt vom Diktum der höchstmöglichen Elternbeiträge ab! Grundlage der Überlegung ist nicht mehr wie das meiste Geld in die Stadtkasse kommt, sondern was für die Eltern zumutbar scheint. Das sind nach Meinung der genannten vier Fraktionen nur relativ geringe Erhöhungsbeträge.

Dieser Erfolg ist ganz eindeutig auf die klare Haltung unserer Partei zurückzuführen! Dennoch bleibt unsere Einschätzung der Zumutbarkeit eine andere: Wir sind der Überzeugung, dass den Eltern insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie gar keine Erhöhung zumutbar ist. Deswegen können wir dem ausgehandelten Vorschlag nicht zustimmen. *Tilo Kießling*

KOMMENTAR

Erlasst den Sozialdiensten die Parkgebühren

Bereits zum dritten Mal binnen eines Jahres muss sich der Stadtrat mit der Parkgebührenordnung befassen. Nach der ursprünglichen Gebührenerhöhung wird die zweite Runde zur Nachbesserung gedreht. Bei der ersten ging es lediglich um eine Korrektur in einer Tabelle. Nun aber stehen interfraktionell gewünschte Befreiungen auf dem Prüfstand. Wille des Stadtrates war, dass Sozialdienste und Handwerksbetriebe gegen eine Verwaltungspauschale von den Parkgebühren befreit werden. DIE LINKE hatte sich

Kämpft für Erleichterungen für Hebammen und Pflegerinnen: Tilo Wirtz

dabei für Pflege- und Sozialdienste sowie Hebammen stark gemacht. Dienste also, die Hausbesuche wahrnehmen und knapp bezahlt werden sowie zeitlich eng getaktet arbeiten. Die sollten für Parkgebühren also weder viel Zeit aufwenden müssen, noch das Geld der Pflegekasse in den Parkautomaten werfen. Allerdings war nun das Landesamt für Straßenbau und Verkehr der Ansicht, derartige Erleichterungen seien rechtswidrig. Im Amtsdeutsch wird festgestellt: »Grundsätzlich sind Pflegedienste wirtschaftliche Unternehmen«, aber »in einem sozialen und gesellschaftlich hoch wichtigen Bereich tätig.« Dafür dürfe man »zumindest zeitliche Vereinfachungen schaffen.« Und weiter: »Der wirtschaftliche Vorteil muss dabei aber über die Gebühren für die Ausnahmegenehmigung abgeschmolzen werden.« Heißt, eine Gebührenbefreiung für Sozialdienste sei nicht drin. Vielleicht solle man ein kommunales Förderprogramm für die Parkgebühren der Sozialdienste einrichten. Finanziert aus den von den Sozialdiensten vereinnahmten Parkgebühren. Bürokratie kann man nur mit Bürokratie bekämpfen. *Tilo Wirtz*

GANZ HINTEN LINKS

Sinnvoll angelegt

Erinnert Ihr Euch noch an damals, als bei einer Pandemie unsere Krankenhäuser und Gesundheitsämter überlastet waren? Wie aus dem Nichts gab es 100 Milliarden Euro aus einem Sondervermögen, um sie technisch auf Vordermann zu bringen und künftig ärztliches Personal und Pflegekräfte besser zu bezahlen.«

»Oder, warte mal. Nein, das war nicht wegen der Pandemie, sondern weil das mit dem CO_2 und dem Klima alles so festgefahren war und die Erde sich so stark erwärmte, dass die Kinder und Jugendlichen jeden Freitag hitzefrei bekamen. Da wurde doch das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro aufgelegt, um erneuerbare Energien und Öffentlichen Nahverkehr zu fördern.«

»Quatsch, das war wegen der vielen Kriege und der Flüchtlingsströme, die Leute mussten versorgt und untergebracht werden – das hat einen Haufen Geld gekostet, deshalb wurde damals das 100 Milliarden-Sondervermögen aufgelegt.«

»Nein, ich glaube, es war irgendwie anders – aber mit dem Krieg hatte es auch etwas zu tun.«

»Na, Hauptsache , das Geld war sinnvoll angelegt!«

Jens Matthis

Dicht an dicht: Flächen in Dresden sind knapp

Unterstützenswert, aber zu spät

Dresden will kommunale Flächen endlich strategisch nutzen

Dresden verfügt mit seinem derzeitigen Grundstücksbestand nicht mehr über die notwendigen Flächen, um alle Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge sowie zur Erfüllung der Ziele, die in den einzelnen Fach- und Zielkonzepten verankert sind, erfüllen zu können.

Die Flächenverknappung am Grundstücksmarkt, die Entwicklung der Grundstückspreise und die damit verbundene Mietentwicklung haben eine Neuausrichtung der kommunalen Grundstücksstrategie längst überfällig gemacht. Die Verwaltung hat nun endlich ein Strategisches Flächenentwicklungskonzept vorgelegt. Es sieht vor, dass zukünftig vorrangig Erbbaurechte vergeben werden. Kommt es dennoch zum Verkauf von Flächen, sollen die Entwicklungsziele der Stadt daran gekoppelt werden. Die Stadt will konsequent ihr Vorkaufsrecht ausüben und mit dem so entstehenden Portfolio an Grundstücken zielgerichtet strategisches Flächenmanagement betreiben.

Die Stadt will konsequent ihr Vorkaufsrecht ausüben

Kommunale Bodenpolitik

Das Konzept entstand nach einem Austausch mit Vertretern von 14 bundesdeutschen Städten im Rahmen des durch das Deutsche Institut für Urbanistik aufgelegten Kooperationsprojekts »Kommunale Bodenpolitik«. Es soll nun der erforderliche kurz- und mittelfristigen Flächenbedarf zur Aufgabenerfüllung ermittelt werden. Anschließend sollen daraus Grundsätze der kommunalen Bodenpolitik abgeleitet und schließlich die finanziellen und personellen Ressourcen zur Umsetzung bestimmt werden. Das Konzept gibt daneben Empfehlungen zur Verwertung kommunaler Grundstücke, insbesondere zu Konzeptvergaben, Bestellungen von Erbbaurechten, Angeboten für Baugemeinschaften und Verkäufen in kommunalen Gewerbebieten. Es formuliert außerdem Grundsätze zur nachhaltigen Bewirtschaftung kommunaler Grundstücke.

Die Umsetzung des Konzepts kann nur mittel- und langfristig erfolgen und steht unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen. Deshalb müssen die Fachämter und Geschäftsbereiche ihre Projekte langfristig planen und und priorisieren. Es ist zu erwarten, dass sich die Rahmenbedingungen, die dem Konzept zugrunde liegen, rasch ändern können, weshalb eine ständige Evaluierung notwendig ist. Aus linker Sicht ist das Konzept unbedingt unterstützenswert, kommt aber viel zu spät.

Anne Holowenko

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Thomas Feske, Susann Dietzschold

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Rita Kunert, Jens Matthis, André Schollbach, Tilo Wirtz, Janine Wissler

Redaktionsschluss
24. Februar 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise
ColiN00B / Pixabay (1); SchiDD / pixelio.de (2); Francesca Magurno/Unsplash (3); André Saturnio/ Unsplash (3); Fritz Geller-Grimm / pixelio.de (4); Gyae Min / Pixabay (4); Linksjugend ['solid]/ Lippe (5); Dominic Wunderlich / Pixabay (5); congerdesign/ Pixabay (6); Juliane Liebermann/ Unsplash (6); Krissie / Pixabay (7); congerdesign/ Pixabay (7); Cocoparisienne / Pixabay (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat